Lars Mikloweit
Fachschaftsvertretung
Soziale Arbeit und Gesundheit
Fachhochschule Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/3130

Martin Habersaat,
Vorsitzender des Bildungsausschusses

Stellungnahme zu:

Entwurf eines Gesetzes über die staatliche Anerkennung akademischer Sozialberufe

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 20/1864

Sehr geehrte Mitglieder des Bildungsausschusses, mit diesem Schreiben möchten wir die angefragte Stellungnahme bezüglich des Gesetzesentwurfes der Landesregierung abgeben. Zunächst danken wir einerseits für die Möglichkeit den Studierenden Gehör verschaffen, andererseits als Fachschaftsvertretung unsere Einschätzung zu dem vorgelegten Entwurf äußern zu dürfen.

Im Folgenden werden wir unsere Positionen aufschlüsseln und darlegen, deren Gliederung Sie der nächsten Seite entnehmen können. Unsere Kritik, Hinweise und Verbesserungsvorschläge werden am Ende noch einmal zu einem Fazit gebündelt.

Mit freundlichen Grüßen

Lars Mikloweit
Fachschaftsvertretung Soziale Arbeit und Gesundheit

Inhaltsverzeichnis

§2 Staatliche Anerkennung/ Studiengänge	1
§3 Berufsrechtliche Eignung eines Studienganges	2
§4 Gleichstellung staatlicher Anerkennung	3
§5 Zuständige Behörde	5
§6 Beirat für die staatliche Anerkennung	6
§7 Weiterbildungsangebot mit Abschlusszertifikat „Staatliche Anerkennung“	6
§12 Staatliche Anerkennung im Rahmen eines Studienganges mit Praxisanteilen (einphasige Ausbildung).....	6
Fazit	8

§2 Staatliche Anerkennung/ Studiengänge

Die Verwendung der Berufsbezeichnungen „staatliche anerkannte Sozialarbeiterin und Sozialpädagogin“ bzw. „staatlich anerkannte Kindheitspädagogin und Sozialpädagogin“ verweist richtigerweise auf die Schnittstellen, welche die Handlungsfelder besitzen.¹ Tatsächlich sind die Absolvent*innen der beiden Studiengänge teilweise in den gleichen Handlungsfeldern tätig (Beispiel: Pflegekinderdienst, Sozialpädagogische Familienhilfe, Schulsozialarbeit, etc....)

Ebenfalls ist unlängst bekannt, dass Träger auch Kindheitspädagog*innen aufgrund des Fachkräftemangels in Aufgabenbereiche der Sozialen Arbeit einsetzen. Jedoch wirft die Verwendung dieser Bezeichnung konsequenterweise Fragen bezüglich der Folgen auf, die sich aus den weiteren Paragraphen ergeben. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso die Anerkennung als „staatlich anerkannte Kindheitspädagogin und Sozialpädagogin“ bzw. „staatlich anerkannter Kindheitspädagoge und Sozialpädagoge“ insgesamt mit deutlich weniger Auflagen und Aufwand verbunden ist. So können sich laut diesem Entwurf nach §7 Abs. 8 Erzieher*innen ihre Ausbildungszeit vollständig auf die staatliche Anerkennung anrechnen lassen. Es entfallen somit der berufsbegleitende und der hochschulische Anteil und die verpflichtende Hospitation in einer Behörde nach den Absätzen 2, 5 und 6 des §7.

Die Qualifikationsdauer in zweiphasigen Studiengängen nach Abs. 1, beträgt bis zum Erwerb der staatlichen Anerkennung zusammenfassend regelhaft vier Jahre. Die nach Abs. 2, unter den Bedingungen der Anerkennung der Erzieherausbildung, somit nur drei Jahre. Unter Umständen im Fall eines Aufbaustudiengangs sogar nur zwei Jahre, da die Ausbildung zur Erzieher*in Aufbaustudiengängen in der Kindheitspädagogik auf Antrag ggf. zuvor bereits mit 60LP (= 2 Semester) auf das Studium angerechnet wird. In diesem Fall findet sogar eine doppelte Anrechnung der Ausbildung zur Erzieher*in statt; auf das Studium und Anerkennungsjahr. Nach der Anerkennung gemeinsamer Schnittstellen, ist nun eine Art „Konkurrenzsituation“ der beiden Studiengänge zu befürchten. Hier sollte unserer Ansicht nach eine präzisere Abgrenzung /Spezifizierung

¹ Besonders die Differenzierung zwischen Sozialpädagogik und Soziale Arbeit ist vor allem ein akademischer, eher praxisferner, Diskurs.

der zugrunde liegenden Qualifikationsziele und der Handlungsfelder oder aber eine Angleichung der Anforderungen erfolgen.

Es ist durchaus zu begrüßen, dass bereits gesammelte Erfahrungen in ähnlichen Handlungsfeldern angerechnet werden können. Jedoch empfehlen wir eine Änderung dieser Regelung.

In Hinblick auf eine bundesweite, verbesserte Gleichstellung und Vergleichbarkeit, wie es im Abschnitt zu §4 (Gleichstellung staatlicher Anerkennung) zu lesen sein wird, raten wir zu einer Änderung dieser Regelung im Rahmen einer ganzheitlichen und zeitgemäßen Überarbeitung der staatlichen Anerkennung auch in Bezug auf die vorgeschriebene Dauer.

§3 Berufsrechtliche Eignung eines Studienganges

§3 Abs. 1 verweist auf den veralteten Qualifikationsrahmen von 2008, es empfiehlt sich die novellierte Fassung von 2016 zu nutzen.

§3 Abs. 2 erzeugt im Zusammenspiel mit §5 einen „Prüfungsausschuss für die staatliche Anerkennung in Sozialberufen an der Fachhochschule Kiel“, welcher, nach unserer Lesart des Gesetzesentwurfes, ebenfalls die für berufszulassungsrechtliche Eignung der genannten Studiengänge zuständig ist. Da dies die Studiengänge anderer Hochschulen in Schleswig-Holstein miteinbezieht (bspw. die DSH) und dieser Prüfungsausschuss maßgeblich von der FH-Kiel geprägt wird, indem sie selbst nach §5 Abs. 1 drei der fünf erforderlichen Mitglieder und nach Absatz 2 ebenfalls das vorsitzende Mitglied vorschlägt, sehen wir einen potenziellen Interessenkonflikt.

Es ist nachvollziehbar die FH-Kiel, durch ihre langjährige Expertise und ehemalige Alleinstellung, in diese Angelegenheit miteinzubeziehen. Allerdings ist es bedenklich wenn die Fachhochschule sowohl zukünftig den Standort für die Behörde zur Feststellung der berufsrechtlichen Eignung beheimatet, als auch maßgeblich ihre Zusammensetzung steuert, während die FH-Kiel gleichzeitig mit den beantragenden Hochschulen im Wettbewerb um Studienplätze steht.

Hier empfiehlt sich eine Nachjustierung, um Chancengleichheit der Hochschulen in o.g. Wettbewerb zu garantieren, ohne die Expertise der FH-Kiel zu verwerfen.

§4 Gleichstellung staatlicher Anerkennung

Ziel des Gesetzesentwurfes ist nicht nur die rechtliche Rahmung und Sicherung der Zugangsvoraussetzungen der o.g. Berufsabschlüsse, sondern auch die Sicherstellung ihrer bundesweiten Vergleichbarkeit, Gleichwertigkeit und Gleichstellung. Dieses Ziel findet konkreten Ausdruck im §4 Abs.1.

Der vorliegende Gesetzesentwurf verfehlt diese Ziele durch die Durchsetzung einzigartiger, unverhältnismäßiger Bedingungen im bundesdeutschen Vergleich, hierbei sei explizit auf folgende Paragraphen bezuggenommen:

§7 Abs. 2 regelt die Mindestdauer der staatlichen Anerkennung von mindestens zwei Semestern; bei einer Vollzeittätigkeit von mindestens einem Jahr. Diese Regelung bot Anlass, die Gesetze zur staatlichen Anerkennung aller Bundesländer zu prüfen und zu vergleichen. Es sind uns nach unserer Prüfung nur zwei weitere Bundesländer bekannt, welche eine ähnliche Regelung vorsehen: Bremen (Anerkennungsordnung §3 Abs. 2) und Rheinland-Pfalz (§6 Abs. 1 SoAng).

Somit bestehen von 16 Bundesländern nur drei auf eine einjährige Dauer der staatlichen Anerkennung². Der tatsächliche Durchschnitt einer Praxisphase liegt bei 100 Tagen oder einem integrierten Praxissemester mit ähnlichem Umfang. Diese Regelung folgt der Empfehlung des aktuellen Qualifikationsrahmens Soziale Arbeit von 2016, auf dessen veraltete Version sich §3 bezüglich der berufsrechtlichen Eignung verweist. So lautet die Formulierung im Qualifikationsrahmen Soziale Arbeit:

Der Nachweis einer durch die eigene Profession/staatlich anerkannte*r Sozialarbeiter*in angeleiteten kontinuierlichen berufspraktischen Tätigkeit in einem Feld der Sozialen Arbeit, ist in einem Umfang **von mindestens einhundert Tagen** zu erbringen (Schäfer, Bartosch et. al. 2016: 57)

Es ist nach unserer Auffassung bereits hier fraglich, inwieweit die tatsächliche Vergleichbarkeit und Gleichstellung gegeben ist, wenn Schleswig-Holstein eher Teil der Ausnahme statt der Regel ist. Das SobAG sollte sich hier an den anderen 13 Bundesländern orientieren.

² Theoretisch besäße das Land Hessen ebenfalls eine Dauer von einem Jahr, jedoch regelt §9 im Sozialberufenerkennungsgesetz die Möglichkeit einer (dem Durchschnitt entsprechenden) 100-Tägigen Vollzeittätigkeit, welche die in §2 Abs. 1 vorgesehene Dauer von einem Jahr umgeht.

Die Vergleichbarkeit wird weiterhin durch den Entwurf eingeschränkt, da er als einzige uns bekannte Regelung zusätzlich zu dem Jahr in Vollzeit nach §7 Abs. 5, eine verpflichtende Hospitation von vier Wochen in einer Behörde vorsieht. Nach unserem Wissen sieht kein Bundesland eine solche Regelung zur Sicherstellung des Erwerbs sozialadministrativer Kompetenzen und Fertigkeiten der öffentlichen Sozialverwaltung vor.³ Es ist uns bewusst, dass eine Hospitation wichtige Einblicke in hoheitliche Aufgabenbereiche ermöglichen kann und daher von Wert ist. Es ist jedoch fachlich fraglich, auch nach Absprache mit unseren Dozierenden, welche Kompetenzen der Praxis Sozialer Arbeit von derartiger Bedeutung sind, dass sie nur durch eine solche Hospitation in einer Behörde erworben werden könnten.

Ginge es um die Perspektivübernahme einer Behörde, welche den Blick der Studierenden für das Verhältnis von Sozial Arbeitenden in der Praxis (häufig als vertretend Antragstellende) und öffentlichen Institutionen wie Behörden (als Antragsgewährende/-ablehnende) sensibilisieren soll, so ist dennoch fraglich, ob die Kompetenz dieser Perspektivübernahme im Laufe des Studiums bzw. in Kontakt mit der Praxis (wie z.B. während des Praktikums, oder in der staatlichen Anerkennung) nicht ausreichend erworben wird.

Letztlich ist zu diskutieren, ob eine Hospitationszeit von vier Wochen überhaupt für die Behörden attraktiv ist. Studierende, welche versuchen bei Ämtern wie dem Eingliederungs- oder dem Jugendamt ein Praktikum zu absolvieren, berichten uns regelmäßig von Ablehnungen aufgrund mangelnder Kapazitäten und eines zu kurzen Praktikumszeitraumes. Nach unserer Auffassung ist es nicht im Interesse der ohnehin bekannterweise überlasteten Behörden, jedes Jahr ca. über 100 Absolvent*innen in einem jeweils vierwöchigen Turnus zu betreuen und anzuleiten. Wir empfehlen diese Bedingung ähnlich wie in der Anerkennungsordnung in Bremen nach §3 Abs. 5 zu regeln oder vorzugsweise aufzugeben. Diese Empfehlung werden wir, in Hinblick auf die Regelungen für die einphasige Ausbildung nach §12 und ihre fatalen Folgen für den berufs begleitenden Studiengang BASA-Online, unterstreichen. Mehr dazu folgt im Abschnitt zu §12.

³ Bremen betont ebenfalls die Wichtigkeit sozialadministrativer Kompetenzen, umgeht jedoch eine Behördenpflicht durch §3 Abs. 5 der Anerkennungsordnung, indem es die Möglichkeit gewährt, jene Kompetenzen in Trägern der freien Wohlfahrtspflege zu erwerben

Perspektivisch sollte eine ersatzlose Abschaffung dieser bundesweit einmaligen Regelung erfolgen. Alternativ käme eine Umwandlung in eine Kann-Regelung mit Ausnahmen oder zusätzlichen Regelungen infrage:

a), *dass der Kompetenzerwerb durch geeignete praxisorientierte hochschulisch erbrachte Leistungen erfolgen kann, oder*

b), *dass der Kompetenzerwerb durch Nachweis einer sozialadministrativ ausgerichteten Projektarbeit an der Arbeitsstelle erbracht werden kann, oder*

c), *dass der Kompetenzerwerb in einem Arbeitsbereich erbracht werden kann, in dem der Struktur, der Aufgabenstellung und den Handlungsabläufen nach sozialadministrativen Kompetenzen erworben werden können. Für letzteres bräuchte es allerdings einen rechtssicheren und transparenten Kriterienkatalog als Richtlinie für die Entscheidung der zuständigen Behörde oder der Hochschulen, der sich an fachlich abgestimmten Positionen (s. Modell des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit und Heilpädagogik, DBSH) orientiert.*

Derartige Regelungen sollten sich an den Curricula der Hochschulen orientieren und daher von den Hochschulen selbst getroffen werden.

Abschließend lässt der Entwurf des SobAG nicht nur mangelnde Gleichstellung erkennen, er schafft auch für das Land Schleswig-Holstein einen nicht unerheblichen Wettbewerbsnachteil als Hochschulstandort und anschließend als potenziellen Arbeitgeber. Denn es schafft eine Ungleichbehandlung von Absolvent*innen sozialberuflicher Studiengänge im bundesdeutschen Vergleich, es erschwert den Zugang zu sozialwirtschaftlichen Handlungsfeldern für Studierende unverhältnismäßig und verstärkt in letzter Konsequenz voraussichtlich den Fachkräftemangel in Schleswig-Holstein.

§5 Zuständige Behörde

Hinsichtlich der Zusammensetzung des „Prüfungsausschuss für die staatliche Anerkennung in Sozialberufen an der Fachhochschule Kiel“ sollte sichergestellt werden, dass Vertreter*innen der Wissenschaft und Praxis Sozialer Arbeit/ der Kindheitspädagogik (i.d.R. mit staatlicher Anerkennung) vertreten sind.

§6 Beirat für die staatliche Anerkennung

Wir begrüßen die geplante Regelung eines Beirats für die Staatliche Anerkennung und besonders die vorgesehene Einbindung studentischer Mitglieder. Jedoch bleibt §6 Abs. 3 recht vage, wie eine angemessene Besetzung eines solchen Beirats aussieht. Hier sehen wir eine Gefahr für eine Über-/Unterrepräsentation einzelner Vertreter*innen. Eine präzisere Ausgestaltung wäre wünschenswert.

Darüber hinaus ist die beschriebene Amtszeit von drei Jahren für Studierende unrealistisch, besonders wenn die Regelstudienzeit von sechs Semestern in Studiengängen wie dem BASA bedacht wird. Wir schlagen diesbezüglich eine Änderung zu einer Amtszeit von einem Jahr für Studierende vor.

§7 Weiterbildungsangebot mit Abschlusszertifikat „Staatliche Anerkennung“

Wir sehen davon ab, die bereits genannten Punkte zu wiederholen, welche diesen Paragraphen berühren. Deshalb wird lediglich auf §7 Abs. 7 gesondert eingegangen.

Wir haben keine Kenntnis von einer „öffentlichen Sozialen Arbeit“. Alle Handlungsfelder der Sozialen Arbeit sind grundsätzlich, ob bei freien oder privaten Trägern, öffentlich organisiert. Wir empfehlen diese Formulierung zu streichen.

Davon abgesehen vertreten wir die Auffassung, dass ein Praxisbericht zur Reflexion der staatlichen Anerkennung, wie in den anderen Bundesländern, genügt. Hier tun sich sonst wieder erschwerende Zugangsvoraussetzungen auf.

Die Problematiken die sich aus dem §7 Abs. 8 ergeben, haben wir bereits im Abschnitt zu §2 erörtert.

§12 Staatliche Anerkennung im Rahmen eines Studienganges mit Praxisanteilen (einphasige Ausbildung)

Diese Anforderung beinhaltet eine schwerwiegende Verschärfung der im aktuellen Erlass bestehenden Regelung, die mit jetzigen und ggf. zukünftigen berufsbegleitenden Studiengängen unvereinbar ist. Diese würde, in der vorliegenden Form beschlossen, daher auch einen gravierenden Wettbewerbsnachteil z.B. für den an der

Fachhochschule Kiel angebotenen berufsbegleitenden Teilzeitstudiengang BASA-online darstellen und würde absehbar zu dessen Beendigung führen.

Wir möchten in diesem Zuge auf die vorherige Stellungnahme verweisen, welche die Fachschaftsvertretung auf berechtigtem Anhalten der BASA-online Studierenden bereits am 11.03. übermittelt hat.

Der BASA-online besitzt Zugangsvoraussetzungen, welche den Nachweis einer einschlägigen studienbegleitenden Tätigkeit in Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit in einem wöchentlichen Umfang von 15 Stunden beinhaltet. Eine Hospitation im Umfang von 160 Stunden ist mit einer solchen Tätigkeit meist völlig unvereinbar. Die Studierenden erhalten ein Freistellungsangebot von etwa 10 Bildungstagen, deren Verwendungszweck in der Teilnahme an Präsenzlehrveranstaltungen liegt. Für eine solche Hospitation müsste i.d.R. der ohnehin durch Teilnahmen an Lehrveranstaltungen eingeschränkte Jahresurlaub eingesetzt werden, der rechtlich für Erholungszwecke geschützt ist (§8 BurlG).

Vertragliche Festlegungen mit den Arbeitgeber*innen für eine solche Freistellung sind allenfalls bei dualen Studienangeboten denkbar, nicht bei offenen berufsbegleitenden Teilzeitstudiengängen wie dem BASA-online.

Die Maßgabe eines vierwöchigen Verwaltungspraktikums wäre bundesweit einmalig, ist, nach unserem Wissen, in keinem anderen Bundesland in Gesetzen oder Erlassen, die die staatliche Anerkennung regeln, enthalten. Eine Übersicht zur Regelung der staatlichen Anerkennung an den BASA-online-Verbundstandorten liegt vor und kann ggf. zur Verfügung gestellt werden.

Letztlich würde eine Muss-Regelung bezüglich einer vierwöchigen Hospitation in einer Behörde zu einer erheblichen Benachteiligung der Studierenden in Schleswig-Holstein, im Vergleich zu anderen Bundesländern, führen. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass Studierende in andere Bundesländer ohne Hospitationspflicht abwandern und dass sich zukünftige Studienplatzbewerber*innen auf andere Standorte des Verbundstudiengangs BASA-online (z.B. Münster, Potsdam, Berlin, ggf. Emden als avisiertem weiterer Standort) hin orientieren. Eine Einstellung des Studienangebots würde den Fachkräftemangel in Schleswig-Holstein verstärken

§12 Abs. 1, („Näheres regeln die Hochschulen durch ihre Ordnungen.“). Da Studiengänge bereits curricular sehr unterschiedlich aufgebaut sind, sollte die Ausgestaltung

der MSA-Module im Hinblick auf Art und Umfang der hochschulischen Anteile und auch die mögliche Hospitation in einer Behörde gem. §7 Abs. 5 beim einphasigen Modell auf die jeweiligen Curricula angepasst werden. So ist die curriculare Verortung von Praxis-Reflexion sowie Theorie-Praxis-Relationierung beispielsweise bereits ein integraler und in didaktischer Hinsicht ein in besonderem Maße berücksichtigter Teil des Studiengangskonzepts von berufsbegleitenden Teilzeitstudiengängen wie dem BASA-online; auch auf die Wechselwirkung zwischen sozialprofessionellen und sozialadministrativen Handlungsvollzügen wird curricular dort bereits in besonderem Maße fokussiert. Daher sollte in Erwägung gezogen werden, den Hochschulen die Regelung der Ausgestaltung der MSA-Module im o.g. Sinne durch Ordnungen zu gewähren. Die Prüfung der berufsrechtlichen Zulassung gem. §3 bleibt unberührt.

Abs. 2 („Im Übrigen gelten § 7 Absatz 3 bis 4 und 6 bis 8 sowie § 10 entsprechend.“). Die vorgenannten Absätze folgen insgesamt der Logik des zweiphasigen Modells und sind für einphasige Modelle nur begrenzt übertragbar. Daher sollte der Verweis durch auf das Spektrum einphasiger Modelle angepasste Regelungen ersetzt werden. Schon in den Wortsinnen handelt es sich nicht um Teilnehmende eines Weiterbildungsangebotes, sondern um regelgerecht eingeschriebene Studierende. Ähnlich verhält es sich mit dem Konzept eines „Weiterbildungsplans“ bezogen auf (bestehende wie den BASA-online) und mögliche zukünftige berufsbegleitende Teilzeitstudiengänge. Vielmehr sollte hier für Studiengänge geregelt werden, unter welchen z.B. Durchführungshinweisen/ Ordnungen zu spezifizierenden Bedingungen eine Anrechnung/Anerkennung bestehender oder erfahrener beruflicher Praxis erfolgt.

Fazit

Das SoBaG verfehlt sein eigentliches Ziel der Vergleichbarkeit und Gleichstellung zuvor genannter Berufsabschlüsse, durch die Unverhältnismäßigkeit der Zugangsvoraussetzungen und Besonderheiten. Der vorliegende Gesetzesentwurf verschärft einseitig die Bedingungen der Studierenden. Damit wird der Entwurf, so er denn in dieser Form verabschiedet würde, mit keinerlei Rückhalt der Studierenden rechnen können. Weiterhin erstellt sich das Land Schleswig-Holstein einen eigenen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Bundesländern und verschärft voraussichtlich den bestehenden Fachkräftemangel.

Wir empfehlen:

1. Die Anpassung der Dauer der staatlichen Anerkennung nach §7 Abs. 2 auf den Bundesdurchschnitt von 100 Tagen in Vollzeit; postgradual oder in das Studium integriert. Diese Maßnahme folgt den dringenden Empfehlungen des Qualifikationsrahmens Soziale Arbeit von 2016.
2. Die nach §7 Abs. 5 vorgesehene Hospitation in einer Behörde ersatzlos zu streichen oder mindestens, wie bereits erörtert, zu einer Kann-Regelung aufzuweichen, um somit die Möglichkeit zu gewährleisten, die erforderlichen Kompetenzen in Trägern der freien Wohlfahrtspflege zu erwerben. Die vorgesehene Hospitation ist in dieser Form fachlich nicht nachvollziehbar, für Behörden unzumutbar und für berufsbegleitende Studierende, wie die des BASA-online, untragbar. Kein anderes Bundesland sieht eine derartige Regelung vor. Es ist enttäuschend, dass unsere vorherige Stellungnahme vom 11.03 scheinbar kein Gehör gefunden hat.
3. Die nach §7 Abs. 7 erforderlichen zwei Praxisberichte zu einem Praxisbericht zu kürzen. Eine Ausarbeitung zur Reflexion ist fachlich genügend.
4. Die Regelung zu §5 (Zuständige Behörden) und §3 (Berufsrechtliche Eignung eines Studiengangs) zu überarbeiten, um einem möglichen Interessenkonflikt seitens der FH-Kiel zu vermeiden. Dieser bezieht sich auf die Möglichkeit, die berufsrechtliche Eignung der Studiengänge anderer Hochschulen feststellen zu dürfen, mit denen die FH-Kiel gleichzeitig im Wettbewerb steht.
5. Eine geregelte Ordnung bezüglich der in §7 Abs. 9 bestimmten Anrechenbarkeit von hauptberuflichen Ausbildungen und Tätigkeiten. Viele Studierende sind bereits in einschlägigen Berufsfeldern während des Studiums tätig oder vor Studienbeginn langjährig tätig gewesen. Hier sollte die Gelegenheit für eine präzise, nachvollziehbare und verlässliche Regelung zur Anrechenbarkeit genutzt werden. Eventuelle Ermessens- und Handlungsspielräume können weiterhin den Hochschulen überlassen werden.
 - 5.1. Darüber hinaus eine Regelung zur Übernahme von Studierenden, welche bei einschlägigen Trägern neben dem Studium tätig sind, zur Reibungslosen

Übernahme in die Staatliche Anerkennung bei selbigen Trägern. Viele Studierende sind bereits neben dem Studium bei einschlägigen Trägern beschäftigt. Die Sicherung zur Übernahme in die Staatliche Anerkennung würde den Prozess beschleunigen, Absolvent*innen schneller in die Praxis führen und damit den Fachkräftemangel adressieren.

6. Eine Regelung zur Mindestvergütung von Absolvent*innen während der Staatlichen Anerkennung. Die Vergütung der Träger von Sozial Arbeiter*innen während der Anerkennung gilt schon lange als unangemessen bis prekär. Gerade in Hinblick auf eine mögliche Umstellung zu einem integrierten Praxissemester, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Studierenden während dieser Zeit nicht, aufgrund des Mangels an Arbeitsrechtlicher Regelung, während „Berufspraktika“ prekären Arbeitsbedingungen zum Opfer fallen. Hier wäre eine entsprechende Regelung ein einzigartiger sowie progressiver Schritt, welcher Schleswig-Holstein als Teilnehmer im bundesweiten Wettbewerb um neue Fachkräfte der Sozialen Arbeit einen entscheidenden Vorteil bringen könnte.

Abschließend empfehlen wir eine dringende Überarbeitung dieses Entwurfes unter den o.g. Gesichtspunkten. Hierzu empfehlen wir ausdrücklich eine engmaschige Einbindung relevanter Praxisvertreter*innen, freier Wohlfahrtsverbände, sowie Lehrende und Studierende der o.g. Studiengänge. Im Sinne einer solchen Kooperation bietet die Fachschaftsvertretung selbstverständlich ihre Perspektive und Einschätzung an.

Lars Mikloweit

Fachschaftsvertretung Soziale Arbeit und Gesundheit